

## Eine Vorlage, eine Vorgeschichte, ein Eklat

Wie schon im vergangenen Jahr erhielt der Stadtrat zu seiner letzten Sitzung am 7. Dezember 2022 eine Vorlage mit dem Titel „Überplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen im Ergebnis- und Finanzplan 2022 zur Sicherung der Personalaufwendungen/-auszahlungen“ zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt. Redner in der Stadtratsdebatte für die Linksfraktion war Michael Gerstenberger, Mitglied im Haushalt- und Finanzausschuss.

„Zur Vorgeschichte: Ausgangspunkt ist die zusätzliche Zahlung des Landes an die Stadt in Höhe von 7 Millionen Euro in der ersten Jahreshälfte. Folgend wurde das Thema immer wieder angesprochen. Im Haushalt- und Finanzausschuss, auch im Stadtrat. Uns ging es dabei darum, über die Verwendung dieser Gelder zu sprechen. Jedoch, eine Vertröstung folgte der nächsten. Als dann endlich im Sommer durch den OB ein Bericht vorgelegt wurde, enthielt dieser keinerlei politische Schlußfolgerungen bzw. Vorschläge zur Veränderung des Handelns durch den Oberbürgermeister.

In einer Sondersitzung im September im Haushalts- und Finanzausschuss wurde erneut vergeblich durch die Ausschussmitglieder angemahnt, über politische Maßnahmen zu informieren. Immerhin positionierte sich OB Vonarb soweit, dass er bei Bekanntwerden endgültiger Zahlen diese umgehend in den Geschäftsgang einbringen werde.

Als Linksfraktion haben wir desweiteren wiederholt die Vorlage eines Personalentwicklungskonzeptes bzw. auch einer Standortkonzeptes für die Stadtverwaltung eingefordert. Die Mehrheit des Stadtrates sah die Notwendigkeit beider Dokumente ebenfalls. Wer sie nicht sah und sieht ist der Oberbürgermeister. Und erkennt damit wohl auch nicht die Chance, mit einem aktualisierten Instrumentenkasten wirksamer im Bereich Personal agieren zu können.

Ganz schlimm wurde es aber in der Ausschusssitzung im November. Der Oberbürgermeister erklärte, auf Nachfrage, den anwesenden Ausschussmitgliedern, dass das Geld noch reiche, aber die Personalkostenobergrenze nicht eingehalten werden könne.

Wie bewerten wir als Fraktion die Vorlage? Zunächst ist festzustellen, dass dem Stadtrat Informationen vorenthalten werden. Dies betrifft fehlende Zahlenangaben zu Einzelpositionen. Da dies in der Alleinverantwortung des

Oberbürgermeisters liege, gingen den Stadtrat fachbereichsspezifische Personalinformationen nichts an, so die Lesart der Verwaltung. Fürs Geld zur Verfügung stellen ist der Stadtrat da, wie und wofür das Geld eingesetzt wird, mit welcher Effizienz gearbeitet werde, ist Sache des OB.

Zweifelsfrei muss das Geld für die Beschäftigten monatlich zur Verfügung gestellt werden. Denn schließlich erbringen sie dafür tagtäglich entsprechend ihrer Qualifikation beachtliche Leistungen für die Stadt und deren Bürgerinnen und Bürger. Und sie müssen sich darauf verlassen können, dafür auch entsprechend entlohnt zu werden. Es darf und muss, so meine Meinung, von einem gut bezahlten Wahlbeamten wie dem OB erwartet werden, das er - gemeinsam mit dem Stadtrat - alles unternimmt, um die Zahlungsfähigkeit der Stadt zu gewährleisten.

Es ist schon schlimm genug, dass Landesgelder, die eigentlich für andere Zwecke genutzt werden könnten, immer fürs Stopfen von Haushaltslöchern im Personalkostenbereich verwendet werden. Und ganz schlimm ist es, dass dies keine neue Feststellung ist. Zumal dieser Fakt auch Auswirkungen auf die Haushaltsaufstellung 2023 hat.

Es ist nicht erkennbar, dass und welche Maßnahmen durch den OB eingeleitet wurden um die Situation künftig zu verbessern. Deshalb hat die Linksfraktion der Vorlage nicht zugestimmt.“

Zum Eklat kam es, als die Stadtratsmehrheit trotz Mahnung des OB, den Beschluss zu beanstanden, trotzdem die Vorlage anlehnte. OB Vonarb lud daraufhin zur Sondersitzung am 12.12.2022. Mal sehen, was dann wird.

Insgesamt ein Trauerspiel in der Kommunalpolitik. Ein überforderter Rathauschef, der im Stadtrat - fraktionsübergreifend - hinsichtlich nicht erfüllter Stadtratsbeschlüsse permanent und immer heftiger kritisiert wird. Unzufriedenheit über ein Leitungshandeln, dass den Namen kaum verdient. Vorschläge aus Fraktionen, die nicht beachtet werden, ungebührliches Argumentieren gegenüber Anliegen von Bürgerinnen und Bürgern.

Die Linksfraktion wird sich, entsprechend ihrem kommunalpolitischen Verständnis, auch weiterhin nicht mit Vorschlägen und Anträgen zurückhalten.

Wir wünschen Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, ein frohes Fest und einen guten Start in ein Jahr des Friedens und sozialer Gerechtigkeit, ohne Gewalt und Menschenverachtung.

# NACHRUF

Der Tod von Bernd Leithold macht uns, die Mitglieder der Fraktion DIE LINKE im Geraer Stadtrat, tief betroffen.

Seit 1990 - zunächst bis 1994 in der Stadtverordnetenversammlung und seit 1994 im Stadtrat der Stadt Gera - ist er eingetreten für eine Politik sozialer Gerechtigkeit, für die Menschen in der ehemaligen DDR, in seiner Heimatstadt Gera!

Er war Fraktionsvorsitzender der PDS-Fraktion von 2000 bis 2006, viele Jahre Mitglied im Hauptausschuss, Vorsitzender des Bauausschusses und Mitglied in verschiedenen Aufsichtsgremien, Vorsitzender des Aufsichtsrates des Geraer Verkehrsbetriebes. Von daher prägte er das Gesicht Geras nach 1990 wesentlich mit.

Gemeinsam mit den Mitgliedern der verschiedenen Linksfraktionen setzte er sich maßgeblich für den Bau des Elsterforums ein, das von den Nachfahren der Familie Biermann mitinitiiert wurde. Die Stadtbahnlinie 1 und die Bundesgartenschau 2007 wurden nicht zuletzt durch sein Engagement zum Erfolg. Zu erwähnen wäre auch die Ansiedlung des Möbelhauses Rieger, an der er mitwirkte.

Gemeinsam haben wir viele Stunden debattiert und um sinnvolle Lösungen im Interesse der in unserer Stadt lebenden Menschen gerungen. Es wurden Ideen entwickelt, gelegentlich auch verworfen, viele erfolgreich im Stadtrat zur Entscheidung gebracht. Sein Rat, seine Hinweise werden uns fehlen.

*Andreas Schubert, Nina Wunderlich, Daniel Reinhardt, Katrin Berthold, Michael Gerstenberger, Petra Metzner, Uwe Raubold, Xenia Schubert*



## Stadtrat beendet Trauerspiel zum Nahverkehrsplan

Seit 2018 ist die Beschlussfassung für einen neuen Nahverkehrsplan überfällig, war doch der inzwischen viermal fortgeschriebene Plan für die Jahre 2015 - 2018 erstellt worden.

Trotz wiederholter Zusagen von Oberbürgermeister Julian Vornarb und trotz entsprechender Terminsetzungen durch den Stadtrat hat es bis Ende 2022 gedauert, dass dieses Trauerspiel jetzt endlich beendet und ein neuer Nahverkehrsplan beschlossen wurde.

Möglich wurde dies nicht als automatisches End-Produkt der konsequenten Bearbeitung in der Stadtverwaltung, sondern erst durch aktive politische Begleitung einer vom Stadtrat ins Leben gerufenen Arbeitsgruppe.

„Erneut wird bei diesem Thema die Rolle des Oberbürgermeisters

als Bremsklotz für die Entwicklung unserer Stadt deutlich. Trotz seiner

jahrelangen Verantwortung als Mitglied des Aufsichtsrates der Geraer Verkehrsbetriebe GmbH, die auf Grundlage des Nahverkehrsplans die öffentliche Mobilität in Gera sichert, hat er es nicht vermocht, die Arbeit der Stadtverwaltung so zu organisieren, dass eine Beschlussfassung eher möglich gewesen wäre.

Anspruch und Wirklichkeit klaffen so auch beim Thema Mobilität meilenweit auseinander: Während auf Konferenzen die Bewerbung der Stadt Gera als Anwenderstandort für die Mobilität der Zukunft gefeiert wird, gelingt es erst im 5. Anlauf, den Nahverkehrsplan als Basis und gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den ÖPNV der Gegenwart zu aktualisieren.“ so Andreas Schubert, der als LINKE-Fraktionsvorsitzender auch Mitglied der AG Nahverkehr ist.

### Gemeinsamer Nahverkehrsplan 2022 – 2026

Abschlussbericht Stadt Gera Dezember 2022,  
gültig Stadt Gera ab 2023

von  
**Stadt Gera**  
und

### Landkreis Greiz

Abschlussbericht Oktober 2021

Landkreis Greiz  
Dr. Rathenau-Platz 11  
07973 Greiz  
[www.landkreis-greiz.de](http://www.landkreis-greiz.de)

Stadt Gera  
Kornmarkt 12  
07545 Gera  
[www.gera.de](http://www.gera.de)  
mit Unterstützung von  
MOBILE ZEITEN Verkehrsplanung und -beratung  
Fahrplangesellschaft B&B mbH





## Geraer Wirtschaft in Krisenzeiten - Beratung dazu im Stadtratsausschuss für Wirtschaft und Stadtentwicklung

**Am 7. November fand eine Sondersitzung des Wirtschaftsausschusses statt, die sich mit der Existenzbedrohung regionaler Unternehmen und deren Arbeitsplätze durch die kriegsbedingte Energiepreisexplosion beschäftigte. Von Andreas Schubert, Mitglied des Ausschusses.**

Es war in einer Debatte im Wirtschaftsausschuss am 13. Oktober, als der OB auf meine Anfrage, welche Maßnahmen die Stadt ergreifen kann um die heimische Wirtschaft im aktuellen Existenzkampf zu unterstützen (a la Corona-Pandemie), antwortete: Es gäbe keinerlei Anforderungen von Seiten der Wirtschaft.

Nun waren am 7. November Vertreter der Kreishandwerkerschaft, der IHK und der Energieversorgung eingeladen, die aus ihrer Sicht die aktuelle Problemlage schilderten:

Im Handwerk macht sich ein dramatischer Rückgang der Auftragsbestände, insbesondere im Baugewerbe, bemerkbar. Mehrere Branchen stehen wie das Bäckerhandwerk vor fast unlösbaren Aufgaben, wie die gestiegenen Betriebs- und Produktionskosten an die Kunden weitergegeben werden sollen. Im Handwerk insgesamt droht nicht erst eine Insolvenzwellen, sondern sie läuft schon.

Diese reale Existenzbedrohung hat der Oberbürgermeister nach seiner Einschätzung der aktuellen Situation in der Ausschusssitzung bis jetzt nicht erkannt. Auch die Bewertung von Seiten der IHK war alles andere als optimistisch, hat sich

doch die Geschäftserwartung bei einer Mehrheit der Unternehmen deutlich eingetrübt.

Ursache dafür sind vor allem gestiegene Energie- und Rohstoffpreise.

Damit ist klar, dass die Beseitigung der Ursachen der aktuellen Krise nicht in Gera möglich ist.

Dennoch ist neben der Verantwortung auf Bundes- und Landesebene auch die Verantwortung der Stadt Gera für die Unternehmen nicht gleich Null.

Im Ergebnis der Debatte habe ich den Oberbürgermeister aufgefordert, bis zur nächsten Sitzung am 1. Dezember 2022 folgende Punkte auf eine rasche Umsetzbarkeit zu überprüfen, was mit Zustimmung der Ausschussmitglieder auch so in das Protokoll der Sitzung aufgenommen wurde (allerdings am 01.12. durch den Oberbürgermeister nicht beantwortet wurde):

- kleinere Losgrößen bei der Vergabe städtischer Aufträge (damit mehr Aufträge durch die regionale Wirtschaft abgearbeitet werden können),
- Steuerstundungen (wie zu Corona-Zeiten)
- Erlass von Gebühren (ebenfalls zur Verbesserung der Liquidität der Firmen)

- Stundung von Mieten (wenn Unternehmen städtische Objekte angemietet haben)

Aktuell sind die Hilfsprogramme in Thüringen in Vorbereitung (Start im Dezember), die auf Grundlage der vom Landtag beschlossenen Aufstockung des Sondervermögens „Energiekrise“ auf über 400 Mio Euro möglich sind. Sie sollen den Schutzschirm des Bundes verstärken, da dieser z.B. mit der Gaspreisbremse für Unternehmen und Verbraucher erst ab März 2023 wirken.

Zudem werden die dringend notwendigen Investitionen in eine Transformation der Energieerzeugung und Energieeffizienzsteigerung möglich gemacht.

Die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Thüringen hängt davon ab, wie schnell wir unsere Wirtschaft klimaneutral umrüsten. Da sind wir spät dran und müssen deutlich schneller werden.

Auch deshalb war es gut und richtig, dass der Stadtrat nun die Verwaltung beauftragt hat, Photovoltaikanlagen auf städtische Gebäude zu implementieren.

■ Verschiedene Änderungsanträge von **Daniel Reinhardt** haben Eingang in die Sondernutzungsgebührensatzung gefunden.

So kostet die Verteilung von Handzetteln, Flugblättern und kostenlosen Werbeartikeln ohne feste Standfläche weiterhin 10€. Daniel Reinhardt dazu: „Dies nützt gemeinnützigen Vereinen und Parteien, die vorwiegend ehrenamtlich auf ihre Arbeit oder vermeintliche Misstände aufmerksam machen. Zur Unterstützung des Ehrenamtes ist es geboten, vermeidbare Kosten zu gering wie möglich zu halten.“

Hinsichtlich der Wegweiser an städtischen Leitsystemen für öffentlich bedeutsame Ziele bleibt es beim Betrag von 24€. „Denn“, so Daniel Reinhardt, „Ziele, die für die Öffentlichkeit bedeutsam sind, sollen einfach gefunden werden. Dies sind gerade keine Werbeschilder, sondern Beschilderungen für Krankenhäuser, Sehenswürdigkeiten und ähnliche Einrichtungen. Sofern ein Ziel nicht bedeutsam ist, lohnt es auch nicht darauf aufmerksam zu machen. Die notwendige Aufmerksamkeit ist jedoch auch ein Aushängeschild für Gera und ein Service für die Menschen die sich in Gera aufhalten.“

Gänzlich auf Null gesetzt wurden Gebühren für Rezeptbriefkästen von Apotheken sowie für Verkehrsspiegel als privater Maßnahme.



■ Selbst Hundebesitzerin, kennt **Xenia Schubert** damit verbundene Probleme beim Aufenthalt im Freien, insbesondere auf Hundefreilaufwiesen.

Bei vielen Gesprächen - zur Stadtratsitzung hat auch der Ortsteilbürgermeister von Langenberg die schwierige Lage der Hundebesitzer hervorgehoben - wird darauf verwiesen, dass für die Sicherheit der Tiere umzäunte Hundewiesen fehlen.

Xenia Schubert unterstützt diese Ansinnen und betont: „Es ist richtig, dass für eine tiergerechte Haltung von Hunden ausreichend große Auslaufbereiche in Form von Hundewiesen zur Verfügung stehen.“

Was jedoch fehlt sind umzäunte Hundefreilaufwiesen. Eine eingezäunte Wiese würde ein gesichertes Areal für den legalen Freilauf der Tiere ermöglichen. Insbesondere an der „Hundewiese Am Sommerbad“ gibt es immer wieder Beschwerden und Ängste um die Sicherheit der Hunde, Autofahrer, Radfahrer oder Spaziergänger, da diese Wiese eingebettet ist durch eine der Hauptverkehrsadern der Stadt sowie eines hoch frequentierten Fahrradweges. Die Hunde können ohne große Einschränkung auf die Straße oder den Fahrradweg gelangen und dadurch einen Unfall hervorrufen. Dem entgegenzutreten ist der Sinn unseres Antrages auf Prüfung einer Einzäunung.“



## **Beschlossen wurden im Jahr 2022 im Stadtrat Anträge der Fraktion DIE LINKE mit folgenden Themen:**

19. Januar Instandhaltung des Spielovals im Hofwiesenspark
19. Januar Umwidmung der für das Tietz-Kaufhaus vorgesehenen Investitionsmittel - Neubau einer barrierefreien und behindertengerechten, ständig zugänglichen, öffentlichen Toilette in der Innenstadt (mit SPD und B90/Grüne)
19. Januar Umwidmung der für das Tietz-Kaufhaus vorgesehenen Investitionsmittel - Verbesserung der Radwegeinfrastruktur, insbesondere Neu- und Ausbau von Radwegen im Stadtgebiet Gera (mit SPD und B90/Grüne)
19. Januar Umwidmung der für das Tietz-Kaufhaus vorgesehenen Investitionsmittel - Errichtungen von Photovoltaik-Anlagen auf den Dächern von Schulgebäuden (mit SPD und B90/Grüne)
23. Februar Zukunft der Geschäftsbeziehung mit der „Elstertal“ - Infraprojekt GmbH
23. Februar Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit im öffentlichen Raum
23. März Bildung einer zeitweiligen Arbeitsgruppe zum Thema Ansiedlung der Bauerfeind AG in Bieblach-Ost (mit CDU)
14. September Photovoltaikanlagen auf städtischen Gebäuden (mit SPD und B90/Grüne)
02. November Vervollständigung Hochwasserschutz im Stadtgebiet Gera, Abschnitt zwischen der Brücke über die Elster (Elsterdamm/Arminiusstraße) und Heinrichsbrücke (Straße des Friedens) - Sicherung Wirtschaftsweg als Radweg (mit CDU, SPD, B90/Grüne, Für Gera, Liberale Allianz)
07. Dezember „Hundewiese Am Sommerbad“ verbessern - Gefahren eindämmen

## **Abgelehnt wurden im Jahr 2022 im Stadtrat Anträge mit folgenden Themen:**

23. Februar Antrag der Stadt Gera zur Erlangung des Ehrenpreises für nachhaltige Parkbewirtschaftung der DBG - Deutsche Bundesgartenbaugesellschaft mbH

13. Juli Mangelhafte und verschlissene öffentliche (Verkehrs-) Infrastruktur in der Stadt Gera (mit CDU, B90/Grüne, Für Gera, Liberale Allianz)
02. November Die Energiekrise ernst nehmen - und umgehend handeln

## **Im Jahr 2022 wurden Anfragen zu folgenden Themen gestellt:**

- Raumkapazitäten von Grund- & Regelschulplätzen
- Kommunale Investitionen
- Beantragung von Mitteln aus dem Thüringer Barrierefreiheitsförderprogramm
- Vervollständigung Hochwasserschutz im Stadtgebiet Gera, Abschnitt zwischen der Brücke über die Elster (Elsterdamm/Arminiusstraße) und Heinrichsbrücke (Straße des Friedens)
- Leistungen nach SGB XII im Zusammenhang mit dem Anstieg von Energie- und Heizkosten
- „Elstertal“-Infraprojekt GmbH - Beschlusslage DS 96/2020

## **Im Jahr 2022 wurden zu folgenden Themen Aktuelle Stunden beantragt und durchgeführt:**

19. Januar Stellenplan umsetzen - Servicefreundlichkeit der Zulassungsstelle kurzfristig verbessern! (mit SPD, Bürgerschaft und CDU)
13. Juli Energiepreisexlosion in Gera - Sicherungsmaßnahmen ergreifen zum Schutz unserer Einwohner\*innen
02. November Wie weiter mit dem Haus der Kultur?

Sie interessieren sich für die umfangreiche inhaltliche Arbeit des Geraer Stadtrates und wollen mehr wissen?

Alle öffentlichen Stadtratsbeschlüsse einschließlich der Protokolle der öffentlichen Sitzungen der Ausschüsse und des Stadtrates finden Sie unter <https://gera.ratsinfomanagement.net>

Die Stadtratssitzung kann im Internet live über die Homepage der Stadt Gera jeweils verfolgt werden.

**Für weitere Informationen besuchen Sie unsere Homepage:**

<https://www.die-linke-gera.de/stadtratsfraktion/>

**So erreichen Sie uns:**

Kornmarkt 12 (Zi. 101) Tel.: 0365 / 838 1530 Mail: [die-linke-fraktion@gera.de](mailto:die-linke-fraktion@gera.de)

V.i.S.d.P.: Andreas Schubert